

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

11.5.1932 (No. 109)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung
Str. 14
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Amenb,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 8 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabat, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Betreibung und Kontoführung fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Währungsbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Staatspräsident Dr. Schmitt über Volksgemeinschaft und nationale Solidarität

Jahresversammlung der wirtschaftlichen Vereinigung der Unternehmerverbände Badens

Am Dienstag fand im „Hotel Germania“ in Karlsruhe die diesjährige Jahresversammlung der Wirtschaftlichen Vereinigung der Unternehmerverbände, Abteilung Baden, statt, die aus den verschiedenen Landesstellen stark besucht war. Zugewesen waren Staatspräsident Dr. Schmitt, Unterrichtsminister Dr. Baumgartner, Ministerialrat Dr. Fecht, Berlin, der badische Bevollmächtigte zum Reichstag, die Präsidenten der Reichsbahn- und der Oberpostdirektion und des badischen Rechnungshofes und eine Reihe von Landtagsabgeordneten.

Der Vorsitzende, Handelskammerpräsident Renel, Mannheim, verwies darauf, wie trotz aller Ministerbesprechungen ein gangbarer Weg aus der Krise bis heute nicht gefunden sei. Anstatt daß alle Völker sich in dem Willen vereinigen, der gewaltigen Krise Einhalt zu tun, auf Besserung zu hoffen, sperre sich ein Volk vom anderen ab. Landwirtschaft und Industrie kamen tagtäglich mehr in Not, und alle bisher beschriebenen Wege, alle Arbeitsbeschaffungsprogramme, hätten sich bisher als aussichtslos für den Weg zur Rettung erwiesen. Nur rücksichtslose Wahrheit und Aufrichtigkeit, die zu gegenseitigem Vertrauen führen müßten, könnten uns retten.

Für die in der Vereinigung eingeschlossene Landwirtschaft sprach im folgenden der Präsident der Bad. Landwirtschaftskammer, Dr. Graf Douglas, der auf die Standardisierungsbestrebungen in der Landwirtschaft und das bisher erreichte (für Milch und Eier) verwies, und für Handwerk und Gewerbe Präsident Ikenmann, der sich einmal gegen die Ausbeutung kommunaler Wirtschaftsbetriebe aussprach und zum anderen eine grundsätzliche Wandlung in der deutschen Wirtschaftspolitik forderte.

Staatspräsident Dr. Schmitt

Begrüßte dann die in der Vereinigung der Unternehmerverbände erstrebte und erzielte Zusammenarbeit und verband damit Gedankengänge über den Gemeinschaftsgedanken.

Es gehe nicht an, so führte der Staatspräsident u. a. aus, daß Lasten und Aufgaben nur auf einen Teil des Volkes abgehoben werden, damit der andere Volksteil davon befreit sei, es gehe auch nicht an, bei der Aufgabenverteilung einem Teil Aufgaben zuzuschreiben, die er nicht aus eigenen Mitteln bestreiten kann. Wer Aufgaben erfüllen soll, muß auch die Mittel dazu haben, oder die Mittel müssen ihm zur Verfügung gestellt werden. Der große Gemeinschaftsgedanke muß zu finden sein in dem Ausgleich zwischen Arm und Reich. Von dem Gemeinschaftsgedanken waren im vergangenen Winter alle Kreise der Bevölkerung befeuert, und mit ihrer Hilfe ist es gelungen, die große Last des deutschen Volkes zu vollbringen und die notleidenden Volksgenossen über den schweren Winter ohne besondere Not zu bringen.

Wenn wir von dem Wert der inneren Kaufkraft und der Hebung des äußeren Marktes sprechen, so bin ich der Ansicht, daß die Hebung des inneren und des äußeren Marktes gleichberechtigt ist. Beide sind gleich notwendig, und es werden Zeiten kommen, sie sind zum Teil schon da, wo wir den inneren Markt nicht vernachlässigen dürfen. Aber alle Anstrengungen auf wirtschaftlichem Gebiete nützen nichts, wenn nicht der Gemeinschaftsgedanke im Volke mehr zum Durchbruch kommt. Unsere Not und Krise ist eine Wirtschaftskrisis. Gemeinsam sind die Ursachen und die Erscheinungsformen der Krise in allen Ländern. Und gemeinsam müssen auch die Hilfsmittel sein. Ein Volk allein kann die Krise nicht befeitigen, die ganze Welt, alle Völker müssen zusammenstehen, um die Ursachen zu beseitigen. Deswegen nützen uns nichts Rufe und auch nicht die Autarkie und auch nicht die Schädigung des Nachbarn. Die Förderung des Wohlens des Nächsten, des Nachbarn, bedeutet die Förderung des eigenen Wohls. Nicht übermäßige Zollschranken, sondern Vertrauen zum anderen. Gleichberechtigung und Freiheit sind die Möglichkeiten, aus der Krise herauszukommen. Auch die anderen Völker müssen sich davon überzeugen, daß Deutschlands Krise zur Weltkrise, des deutschen Volkes Geschick Weltgeschick wird.

Schwere politische Kämpfe liegen hinter uns. Zweimal sind wir zur Reichspräsidentenwahl zur Urne gegangen. Wir alle achten die politische Überzeugung jedes einzelnen. Wir sind überzeugt, daß jeder nach nationalem und ehrenhaftem Empfinden bei der Wahl gehandelt hat. Aber die Wahl ist vorüber und es wäre an der Zeit, daß sich das deutsche Volk geschlossen hinter seinen neuwählten Reichspräsidenten stellt, damit die schwierigen Verhandlungen der nächsten Zeit in für Deutschland günstigen Sinne zu Ende geführt werden können. Hierin sollte jeder seine Pflichterfüllung sehen, wie einst im Felde. Wir wollen nicht verzagen und ausweichen, und wenn wir einzig sind, werden wir kräftig sein. Wir glauben an unsere Kraft, an Deutschlands Zukunft und Deutschlands Freiheit! (Starker Beifall).

Die Tagungsleiter hörten dann einen Vortrag von Prof. Dr. Albert Gahn, Vorstandsmitglied der Deutschen Effekten- und Wechselbank in Frankfurt a. M., der in oft freimütiger Weise zu dem heutigen Wirtschaftssystem Stellung nahm. Der Redner befaßte sich besonders eingehend mit der Arbeitsbeschaffungsfrage und übte dabei ziemlich scharfe Kritik an dem Arbeitsbeschaffungsprogramm. Er sprach sich dabei für innere Kreditverweigerung und gegen Autarkie aus. Die deutsche Wirtschaft werde festbleiben. — Um 1 Uhr schloß Präsident Renel die Tagung.

Letzte Nachrichten

Die Regierungsbildung in Frankreich

Vor der Betrauung Herriots

PARIS, 11. Mai. (Tel.) Nach der Wahl des neuen Präsidenten der Republik und nach der Beilegung Doumergs, die morgen erfolgt, wird die kurze Periode des politischen Waffenstillstandes durch eine rege politische Geschäftigkeit abgelöst werden. Das Kabinett Laroche antwortet seit gestern nur noch als Geschäftsministerium, das die laufenden Angelegenheiten erledigt.

Wie bereits wiederholt betont, bestehen zwei Möglichkeiten, und zwar entweder die Bildung eines linksstehenden Kabinetts, also die Wiederherstellung des Kartells der Linken, oder die Schaffung einer Konzentration, was den Ausschluß der Marine-Gruppe und der Sozialisten nach sich ziehen müßte. In beiden Fällen ist eine Mehrheitsbildung möglich. Will der neue Präsident der Republik die parlamentarischen Regeln einhalten, so muß er Edouard Herriot mit der Regierungsbildung betrauen. Dessen Aufgabe wird es sein, die Lage schon jetzt so weit zu klären, daß bereits nach der Konstituierung der neuen Kammer, die am 1. Juni zusammentritt, ein neues Kabinett vorhanden ist.

„Matin“ schreibt: Ob es aber möglich sei, ohne weiteres ein Konzentrationsministerium zu bilden, sei zweifelhaft. Gewiß wäre das die Ideallösung, aber ob sie schon so kurze Zeit nach dem Wahlkampf möglich sei, müsse bezweifelt werden. Es zeige sich eine ziemlich starke Strömung zugunsten einer Übergangslösung. Das Blatt erinnert in diesem Zusammenhang an das Kabinett Chantemps und das Kabinett Steeg in der vorigen Legislaturperiode, und empfiehlt ein Kabinett, das sich mit einer gewissen sozialistischen Unterstützung begnügen und an alle Männer guten Willens appellieren würde.

Die Ermordung Doumergs

Sensationelle Behauptungen der „Humanité“

PARIS, 11. Mai. (Priv.-Tel.) Die kommunistische „Humanité“ unterjucht heute das Verhalten der Pariser Polizei am Unglückstage der Ermordung Doumergs. Das Blatt will die sensationelle Behauptung aufstellen können, daß die Polizei für den Besuch Doumergs in der Buchausstellung der ehemaligen Frontkämpfer nicht die sonst üblichen Sicherheitsmaßnahmen getroffen habe. Außerdem erklärt es, daß der Mörder Gerguloff mit der französischen Polizei in Verbindung gestanden habe, und zwar sogar in doppelter Weise, einmal durch einen gewissen Zolowew, der Direktor der Zeitung „Die Sturmglode“ und Führer der weisfarbigen Bewegung ist, und dann durch Vermittlung eines Polizeispikels namens Kritschkow. Zolowew soll flüchtig sein.

Räumung Schanghai binnen 30 Tagen

BEIJING, 11. Mai. (Tel.) Die Regierung beschloß, alle Truppen, die sich in Schanghai befinden, binnen 30 Tagen zurückzunehmen.

Die Plaidoyers im Klarek-Prozess

Die Anklage des Oberstaatsanwalts

BERLIN, 11. Mai. (Priv.-Tel.) Nach fast siebenmonatiger Verhandlungsdauer begannen heute im Klarek-Prozess unter großer Spannung des Publikums die Plaidoyers der Anklagevertreter.

Oberstaatsanwalt v. Steinäder betonte, daß dieser Prozess in einem Abgrund von sittlichen Auffassungen hineingeführt habe. Der Klarek-Prozess habe den Geist des plattesten Materialismus enthüllt, der weiter nichts kenne, als Geld raufen. Die Entlassung der Klareks aus der Untersuchungshaft habe sich verhängnisvoll ausgewirkt; denn sie hätten offensichtlich ihre Freiheit nicht ungenutzt gelassen, um den Tatbestand zu verdunkeln. Meiner Ansicht nach, fuhr der Anklagevertreter fort, ist der Beweis erbracht, daß sämtliche Anklagepunkte, abgesehen von Kleinigkeiten, restlos erwiesen sind. Der Oberstaatsanwalt gab dann eine eingehende Schilderung der umfangreichen Betrügereien der Angeklagten und gab eine chronologische Darstellung des Werdegangs der Klareks, die, wie der Anklagevertreter betonte, mühelos und rasch zu Geld kommen wollten, um ihren grobinnlichen Genüssen fröhnen zu können. Die Klareks hätten bei ihren Verfechtungen eine Menschenkenntnis entwickelt, vor der man Hochachtung haben könnte, wenn die Beweggründe nicht so verwerflich wären. Ich glaube Leo Klarek, fuhr der Oberstaatsanwalt fort, daß sich die Beamten dabei schamlos benommen haben, eine Bemerkung, die große Bewegung im Saale auslöste. Der Staatsanwalt wies dann die Angriffe der Klareks gegen die ersten Beamten der Stadt und andere Persönlichkeiten als Ablenkungsmanöver zurück. Die Staatsanwaltschaft sei zu der Überzeugung gekommen, daß alle drei Klareks in gleicher Weise schuldig seien. Der Oberstaatsanwalt erinnerte in diesem Zusammenhang an die Aussagen der Frau Seidler, der Willy Klarek bekanntlich gesagt habe: „Sie sind hier bei den drei größten Betrüggern“. Ich zittere jeden Morgen vor dem Buchhaus; denn darauf steht Buchhaus.“

Nach dieser fast zweistündigen Darstellung erhielt Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weiffenberg das Wort.

General Gebattel † Bei einem Besuch in Sing ist der bekannte bayerische Weitzgeneraal Konstantin Freiherr von Gebattel im 78. Lebensjahre gestorben.

* Sturm im Reichstag

Der Reichstag erlebte gestern das merkwürdige Schauspiel, daß am Vormittag der eine Sprecher der nationalsozialistischen Partei, der Abg. Straffer, sich derartig maßvoll ausdrückte, daß seine Rede allgemein als eine Art Koalitionsangebot aufgefaßt wurde, und daß dann in der Nachmittags-Sitzung der andere Sprecher der Fraktion, der Abg. Goering, das Reichskabinett in seiner Gesamtheit und den Reichsminister Groener mit einer Schärfe angriff, die schon nicht mehr überboten werden kann. So ist es denn wohl auch gekommen, daß Herr Groener, der nach dem Abg. Goering das Wort ergriff, um das Verbot der SA. nochmals zu begründen, selber stellenweise schärfer sprach, als er es wohl anfänglich vorgehabt hatte.

Die Rede Goerings war polemisch aufgebaut auf der Behauptung, Groener habe durch das Verbot der SA. und S. gewissermaßen die moralische Abrüstung des nationalen Wehr- und Freiheitswillens herbeigeführt. Er hatte dabei auf die Vorgänge im Osten hingewiesen und die Ansicht vertreten, daß gerade unsere Gegner im Osten erfreut seien über die Unterdrückung von Organisationen, die als der Ausdruck unseres nationalen Lebens- und Wehrwillens zu betrachten seien.

Daß Herr Groener einer solchen Behauptung mit aller Entschiedenheit widersprechen würde, konnte man sich denken. Er hat zudem die Attacke Goerings als eine persönliche Kränkung auffassen müssen, da er ja als Reichswehrminister in erster Linie für die Erhaltung der Wehrhaftigkeit im deutschen Volke verantwortlich ist, und er hat sich deshalb auch den Vorwurf in heller Erregung verbeten.

Was die Begründung des Verbots der SA. betrifft, so sind die einzelnen Argumente bekannt genug. Herr Groener hat sie nochmals mit allem Nachdruck betont. Er verlas bei dieser Gelegenheit einen Originalbefehl der SA. im Wortlaut, in welchem es u. a. heißt: „Meine polnische Banden seien abzuwehren; wenn aber starke Formationen anrückten, so seien die SA.-Leute in die Bereitschaftslager zu führen, da man die SA. unbedingt Sittler selbst zur Verfügung halten wolle“. Eine solche Prebatararmee, die dem Nachgebot eines einzelnen Mannes unterstehe, ist eben mit der Staatsautorität unvereinbar und stellt unter allen Umständen eine Bedrohung dar.

Eine Gleichstellung der SA. mit dem Reichsbanner hat Minister Groener unter Zitierung gewichtiger Gründe abgelehnt. Die Aufgabe des Reichsbanners, das den Staat behafe, sei gerade der Schutz der Reichsverfassung. Die Nachprüfung des dem Minister überlieferten Materials über das Reichsbanner habe ergeben, daß von geringfügigen Einzelfällen und von einzelnen rdnnerischen Entgleisungen abgesehen, Umsturz- oder Bürgerkriegsvorbereitungen durch das Reichsbanner nicht anzunehmen seien. Das Reichsbanner sei im übrigen überparteilich. So hätte nach alledem ein Anlaß zum Verbot des Reichsbanners nicht vorgelegen.

Nach der Rede Groeners beantragte der Abg. Straffer — also derselbe Abgeordnete, der am Vormittag so ruhig und maßvoll gesprochen hatte — eine Unterbrechung der Debatte, „damit sich das Reichskabinett darüber klar werden könne, ob dieser Mann (also Herr Groener) weiterhin die öffentliche Sicherheit gewährleisten und die Armee in Deutschland führen solle“. Man kann sich denken, daß ein solcher Antrag, auch dann, wenn er nur polemische Bedeutung hat, die Beziehungen zwischen dem Reichskabinett und den Nationalsozialisten gewiß nicht verbessern kann.

Man darf auch nicht übersehen, daß die Rede des Abg. Goering in ihrem ersten Teil eine rückhaltlose Beurteilung des Kabinetts in seiner Gesamtheit enthielt. Dem Kabinett wurde der Vorwurf gemacht, daß „es auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und der Politik restlos versagt habe“, und daß „die wirkliche Bedeutung der Brüningischen Außenpolitik lediglich in der geringeren Einschätzung Deutschlands zutage trete“. Eine schroffere Kampfanlage ist nicht gut möglich. Es läßt sich aus ihr schließen, daß die Nationalsozialisten auch in Preußen weiter in der Opposition bleiben wollen, um bei der nächsten Gelegenheit durch eine entsprechende Abstimmung die Auflösung des eben gewählten preussischen Landtags und die Ausschreibung von Neuwahlen zu erzwingen.

Lebrun französischer Präsident

Die Wahl eine Rundgebung gegen die Ermordung Doumers

Zum Präsidenten von Frankreich wurde am Dienstag in Versailles von Kammer und Senat (Nationalkongress) der bisherige Präsident des Senates, Lebrun, gewählt. Von 902 stimmberechtigten Mitgliedern des Nationalkongresses stimmten ab: 826, weiße Zettel oder ungültig 49. Es erhielten Albert Lebrun 688 (gewählt), Paul Faure 114, Rainlévé 12, Cachin (Kommunist) 8, verschiedene 10 Stimmen.

Die Wahl Lebruns hat nichts an der Tradition der dritten Republik geändert. Der Senatspräsident gilt als Nachfolger des Präsidenten der Republik, der seine Amtszeit im Elysee beendet hat, oder der durch eine höhere Fügung sein Amt verlassen muß. Während seine beiden Vorgänger der radikalen Linken des Senats angehörten, gehört Präsident Lebrun einer rechtsstehenden Fraktion der Republikanischen Vereinigung an. Er steht politisch in jenen Reihen, die bei den letzten Kammerwahlen starke Verluste erlitten haben. Die Wahl ist als Demonstration gedacht und bedeutet nach dem Attentat, das an Präsident Doumer begangen wurde, vor Frankreich und der gesamten Welt eine einheitliche Beurteilung der Tat des Russen Gorkuloff. Die Demonstration der einheitlichen Wahl ist veranlaßt worden durch die radikale Senatsfraktion, der Rainlévé, (der bekanntlich verzichtet hat), viel näher steht als der gewählte Lebrun.

Außenpolitisch hält sich Lebrun auf der Linie Poincarés, mit dem ihn eine besonders enge Freundschaft verbindet. Albert Lebrun wurde 1871 in Merchy-le-haut (Departement Meurthe et Moselle) geboren. Er stammt aus einer bäuerlichen Familie und war früher Bergwerksingenieur. 1900 wurde er zum ersten Male in die Kammer gewählt, der er bis 1919 ununterbrochen angehörte. Er war dort bei der Fraktion der Linkenrepublikaner eingeschrieben. Mehrfach war er Minister, 1920 wurde er zum Senator gewählt, und zwar ließ er sich einschreiben bei der Fraktion Poincaré. 1923 war Lebrun auch französischer Delegierter beim Völkerbund. Lebrun gehörte der Republikanischen Union (Poincaré) an.

W.D. Paris, 11. Mai. (Tel.) Die gesamte Morgenpresse begrüßt Lebrun, den neuen Präsidenten der Republik, widmet ihm anerkennende Artikel und bringt ausführliche Schilderungen seines Lebenslaufes. — Allgemein wird zur Charakterisierung seiner Wahl hervorgehoben, daß sie keine ausgeprägten politische Entscheidung sein sollte, sondern eine Geste der Einigung nach der Ermordung des Präsidenten Doumer. Allerdings machen mehrere Linksblätter darauf aufmerksam, daß diese Wahl mit der Einstellung der neuen Kammer nicht in Einklang steht.

Kurze Nachrichten

Anfechtung der württembergischen Landtagswahl. Die Deutsche Volkspartei und die Volksrechtspartei werden gegen die Errechnung des Wahlergebnisses der württembergischen Landtagswahlen beim Staatsgerichtshof erheben. Die Klage wendet sich gegen die Art der Auszählung für Bezirks- und Landeslisten. Bei einer einfachen Auszählung hätten die beiden Parteien einen Sitz bekommen müssen.

Nationalsozialistischer Landtagspräsident in Württemberg. Der neu gewählte Württembergische Landtag trat am Dienstagmorgen zusammen. Zum Landtagspräsidenten wurde der nationalsozialistische Abgeordnete Mergenthaler gewählt.

Bürgermeisterwahl in Frankfurt. Die Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M. wählte Dienstagabend in nichtöffentlicher Sitzung den bisherigen Regenten des städtischen Gesundheitswesens, Stadtrat Dr. Schloffer, an Stelle des in den Ruhestand tretenden Dr. Eduard Graf zum Bürgermeister der Stadt Frankfurt.

Schwere Erkrankung Prof. Dr. D. Kahl. Reichstagsabgeordneter Prof. Kahl, der Senior der Deutschen Volkspartei, ist an Bauchfellentzündung erkrankt. Die für Mittwoch vorgesehene Sitzung des Strafrechtsausschusses ist deswegen vertagt worden.

Naturalabfindung für Reblauschäden. Dem Reichsrat ist zu dem Gesetz über die Bekämpfung der Reblaus eine Novelle zugegangen, wonach künftig außer der Parentschädigung auch ein Satz in Form von Pflanzmaterial zugelassen sein soll.

Festnahme von Studenten in Hamburg. Fünf Studenten, die in der Hamburger Universität eine illegale Flugdrift verbreiteten, wurden festgenommen. Sie gehören der Sozialistischen Arbeiterpartei bzw. der kommunistischen Partei an.

Der Hafen von Danzig. Der Völkerbundsrat hat durch einen Beschluß ausdrücklich festgestellt, daß für Polen eine formelle Verpflichtung besteht, den Hafen von Danzig trotz des von Polen geschaffenen Konkurrenzhafens Gdingen voll auszunutzen.

Die Wiederherstellung Macdonalds macht nach der Operation am rechten Auge gute Fortschritte. Er wird noch zwei Wochen in der Klinik verbleiben.

Auf zwei peruanischen Kriegsschiffen ist eine kommunistische Meuterei ausgebrochen. Zur Unterdrückung der Meuterei berichtigte Associated Press aus Callao, eine von einem U-Boot abgeworfene Granate, die einen der Kreuzer traf, habe genügt, um die Aufrechter zum Hissen der weißen Flagge zu veranlassen. Die Truppen der Garnison von Lima besetzten die beiden Schiffe, ohne auf Widerstand zu stoßen.

Zeppelin-Briefmarken in Argentinien. Die argentinische Postverwaltung hat eine neue Markenlinie mit dem Zeppelin-Bild herausgebracht, um damit die Bedeutung des Postverkehrs Berlin-Buenos Aires zu würdigen.

Kleine Chronik

„Graf Zeppelin“ ist am Dienstagmittag nach stundenlangem Kreuzen über dem Meeresspiegel in Friedrichshafen um 13.28 Uhr glatt gelandet.

In Bremen beging ein Rohstoffgroßhändler Selbstmord, als in seinem Lager eine Polkrebse durchgeföhrt werden sollte.

Das Schöffengericht Schönbürg (Mecklenburg) verurteilte 30 Reichsbannerleute wegen Landfriedensbruchs zu je 3 Monaten Gefängnis.

In Quebec (Kanada) ausgebrochene Waldbrände haben eine große Ausdehnung angenommen. Am späten Nachmittag war die Stadt Rouyn in Gefahr. Das Eigentum der Moranda-Bergwerksgesellschaft in der Umgebung der Stadt ist in Flammen geföhlt.

Dr. Lenard in Heidelberg erhält die Franklin-Medaille. Die Generalversammlung des Franklin-Instituts in Philadelphia beschloß, Dr. Philipp Lenard in Heidelberg mit der Franklin-Medaille, der höchsten amerikanischen Auszeichnung für Leistungen in der Physik, auszuzeichnen.

Die große politische Aussprache im Reichstag

Unterhalb Sitzungstage hat es der Reichstag fertiggebracht, in den Formen zu verhandeln, die früher einmal die guten parlamentarischen Formen genannt wurden. In dieser Weise wurde das Schuldenentlastungsgesetz in erster und zweiter Beratung verabschiedet. Als dann das Verbot der nationalsozialistischen Sturmabteilungen und Schutzstaffeln zur Erörterung kam, wiederholten sich die alten Sturmszenen der letzten Tagungsabschnitte in verstärktem Umfang, und es kam wieder zu Krach und Ausweisungen.

Beim Schuldenentlastungsgesetz

hielt zunächst der deutsche Abg. Wang eine scharfe Angriffssprache gegen die Finanzpolitik der Regierung, die er verfassungswidrig nannte.

Der Abg. Baltrusch von der Volkshationalen Reichsvereinigung trat dagegen für die Regierungsvorlage ein und verlangte darüber hinaus soziale Reformen.

In ruhiger und sachlicher Weise entwickelte dann der nationalsozialistische Abg. Straffer das Arbeitsbeschaffungsprogramm seiner Partei. Er würdigte dabei durchaus objektiv die Arbeit der sozialistischen orientierten Gewerkschaften auf diesem Gebiet und machte auch eine Verbeugung vor Reichskanzler Dr. Brüning. Der Reichskanzler sei mit dem besten Willen an diese Probleme herangegangen, die Durchführung seiner Pläne scheiterte nur an der Weisheit der Parteien, auf die er Rücksicht nehmen müsse. Ein Erfolg könne nur erzielt werden durch große Parteien und die nationalsozialistische Massenbewegung.

Der Landtagsführer Hepp beschloß die Rednerreihe mit Ausführungen, in denen er die Regierungsvorlage bekämpfte und wirksamen Schutz für die Landwirtschaft forderte.

Ein nationalsozialistischer Antrag auf Ausföhrunderweisung wurde abgelehnt, und das Schuldenentlastungsgesetz mit der Sparprämienanleihe gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten, Kommunisten und die Mehrheit des Landvolkes in zweiter Lesung angenommen. Gegen die Sparprämienanleihe stimmte auch die Deutsche Volkspartei.

Die allgemeine politische Aussprache

wurde eröffnet durch den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Grafmann, der Vorwürfe gegen die kapitalistischen Wirtschaftsführer richtete.

Der nationalsozialistische Abg. Göring begründete dann kurz den Misstrauensantrag, den seine Partei gegen das Gesamtkabinett gestellt hat, um darauf in längerer Ausföhrunderweisung die Aufhebung des Verbotes der SA zu fordern. Zu den ersten Lärmjahren kam es, als Göring in seiner Rede den Sozialdemokraten den Vorwurf des Landesverrats machte und damit hürnische Protestausföhrunderweisungen hervorrief. Die von Göring gestellte Frage, ob der deutsche Völkshafter in Paris nicht durch Telegramme die Aufhebung der SA als außenpolitisch notwendig gefordert habe, wurde von Reichskanzler Dr. Brüning sofort durch eine Zwischenbemerkung verneint.

Im Verlauf der Göring-Rede kam es noch wiederholt zu lärmenden Auseinandersetzungen zwischen den Nationalsozialisten und ihren Gegnern von links. Mit lauten Protestrufen begrüßten die Nationalsozialisten den Berliner Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß, als dieser in der Nähe des Reichsratesitzes sichtbar wurde. Vizepräsident Esser mußte wiederholt mit Ordnungsrufen eingreifen.

Der Lärm steigerte sich zum wilden Tumult, als

Reichsinnenminister Groener

in seiner Erwiderung auf die Rede des Abg. Göring das Verbot der SA verteidigte. Er führte aus, im Interesse der Staatsautorität sei das Verbot unvermeidlich gewesen, denn es sei nicht erträglich, daß eine so große, streng organisierte Schaar junger, tatbegieriger Leute bedingungslos einem einzelnen Manne geföhlig ist. Der Minister deutete an, daß die Umföhrunderweisung von jener Seite besonders stark geworden sei, nachdem Hauptmann Köhm der oberste Führer der SA geworden sei. Er verlas dann aus dem Material, das zum Ermittlungsverfahren wegen Landesverrats geföhrt hat, einige Stellen, die bezeugen, daß im Falle eines feindlichen Einbruchs die SA zurückgezogen und nur dem obersten Führer der SA zur Verfügung gestellt werden solle. Schließlich verlas der Minister das Schreiben an den Reichspräsidenten, in dem er begründet, warum das Reichsbanner als staatsfeindliche Organisation anders behandelt werden müsse als die SA.

Diese Ausföhrunderweisungen konnte Minister Groener nicht in Zusammenhang machen, denn immer noch ein paar Säben gab es hürnische Unterbrechungen durch die Nationalsozialisten, und die Redepausen wurden verlängert durch lärmende Auseinandersetzungen zwischen rechts und links. Als der Minister seine Rede unter dem Beifall der Mittelparteien geschlossen hatte, erhob sich der Nationalsozialist Straffer, um unter dem lauten Jubel seiner Parteifreunde zu beantragen, daß die Groener-Rede durch Schallplatten verbreitet und dem Kabinett Gelegenheit zur Beratung darüber gegeben werde, ob Groener noch länger die öffentliche Sicherheit gewährleisten und die Armeeföhren könne.

In dem allgemeinen Lärm waren Straffers Worte im Präsidium dahin verstanden worden, daß er dem Minister Geföhrunderweisung der öffentlichen Ordnung vorwerfe. Vizepräsident Esser verfügte aus diesem Grunde die Ausweisung Straffers aus dem Saale, eine Maßnahme, auf die die Nationalsozialisten mit so großen Lärmjahren antworteten, daß die Sitzung unterbrochen werden mußte. Bei Wiedereröffnung nahm der Vizepräsident nach der inzwischen erfolgten Feststellung des Wortlautes der Straffer'schen Bemerkung die Ausweisung zurück und begnügte sich mit einem Ordnungsruf gegen Straffer.

Nach dem Sturm konnte in größerer Ruhe der Zentrumsabgeordnete Dr. Bell die Stellung seiner Fraktion zu den politischen Tagesfragen darlegen. Er lehnte eine Aufhebung des SA-Verbotes ab und richtete an die Opposition die Mahnung, sich größerer Sachlichkeit zu befleißigen, damit in dieser schweren Zeit das deutsche Volk sich wie in den Augusttagen von 1914 zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden könne. — Heute, Mittwoch, wird die Aussprache fortgesetzt.

Die heutige Mittwochssitzung

Auf der Tagesordnung der heutigen Mittwochssitzung steht zunächst die dritte Beratung des Schuldenentlastungsgesetzes.

Abg. Reinhardt (N.S.) nennt das Gesetz eine Verfassungswidrigkeit. Der Reichsfinanzminister habe den Münzumsatz um 400 Millionen erhöht und damit eine neue Silberinflation geschaffen, ohne daß dadurch neue Werte geschaffen wurden. (Präsident Röbe ruft den Redner zur Ordnung.)

Reichsjustizminister Joel bestreitet, daß das Kreditverfahren der Regierung und das neue Gesetz verfassungswidrig seien. Ich bestreite, daß das Statut des Reichstages durch die Maßnahmen der Regierung verletzt worden sei. Heute sei es wahrhaftig kein Vergnügen, das dornenvolle Amt eines Reichsministers zu versehen. — Die dritte Beratung des Gesetzes ist

damit beendet. Die Abstimmung wird vom Präsidenten Röbe zurückgestellt bis zu den weiteren Abstimmungen.

Hierauf wird

Die allgemeine politische Aussprache

fortgesetzt. Abg. Emminger (N.S.) wendet sich gegen die Bemerkung des Abg. Göring, daß das Brüning-Kabinett Illusionspolitik treibe. Mit so brutaler Offenheit habe noch kein Reichskanzler und kein Finanzminister dem Volk die Wahrheit gesagt, wie Brüning und Dietrich. Die Währungsfrage sei nicht nur wirtschaftlicher Natur, und jedes Verlassen der Goldwährung würde auch schwere psychologische Erschütterungen in unserer Volksee hervorrufen. Ein dummes Kapitel unserer Wirtschaft seien die Fehlleitungen des Kapitals, die zu einem großen Teil im Verein mit der falschen Nationalisierung und der großen Arbeitslosigkeit verschuldet sei. Für die Landwirtschaft habe das Kabinett Brüning getan, was möglich war. Der Reichsinnenminister sollte seine Mitarbeiter scharfer überwachen. Wir würden es bedauern, wenn die Regierung darüber zu Fall kommen sollte, daß im Reichsinnenministerium untergeordnete Organe eine großzügige unparteiische Propaganda in Süddeutschland entfalten wollen. Das SA-Verbot war notwendig, und gerade wir in Bayern haben die Rutschvorbereitungen dieser Privatarmee beobachtet können. — Dann spricht Abg. Rippel (Chr.-Soz.).

Abstimmung am Donnerstag

Auf der Tagesordnung des Reichstages für heute stehen zwar bereits alle Vorlagen, die der Reichstag vor Pfingsten noch erledigen soll; da jedoch der Altestenrat vorgezogen hatte, bis Donnerstag zu tagen und am Donnerstag die Abstimmungen vorzunehmen, haben sich viele Abgeordnete bereits auf diese Vereinbarungen eingerichtet, so daß man mit einer kurzen Donnerstagssitzung zur Vornahme der Abstimmungen wird rechnen müssen. Am Donnerstagmorgen wird dann der auswärtige Ausschuß zusammentreten, vor dem Reichskanzler Dr. Brüning über die außenpolitische Lage sprechen wird.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Wohnungsfürsorge und Neubaubestimmungen im Haushaltsausschuß

Der Haushaltsausschuß des Landtags setzte am Dienstag die Beratung über den Haushalt des Ministeriums des Innern fort. Von der Regierung liegt eine eingehende Denkschrift über Organisation und bisherige Leistung der Wohnungsfürsorge vor.

Bei der Wohnungsfürsorge betrug nach dem Stand vom 1. März 1932 das Rohvermögen rund 100 Millionen, die Schulden betragen 37,6 Millionen, so daß das Reinvermögen 62,4 Millionen Reichsmark beträgt. Die Einnahmen für die Wohnungsfürsorge sind stark zurückgegangen. Seit 1927 hat das Land für den Wohnungsbau 25,3 Millionen langfristige und 10,8 Millionen kurzfristige Anleihen aufgenommen. Von den kurzfristigen Anleihen ist noch ein Rest von 9,27 Millionen vorhanden. Hiervon sollen aus Gründen des Staatskredits im Jahre 1932: 1,696 Millionen Reichsmark und im Jahre 1933: 2,000 Millionen Reichsmark abgetragen werden. Ausgaben für neue Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbau und der landwirtschaftlichen Siedlung können nur in sehr beschränktem Umfang erfolgen und sind bezüglich der landwirtschaftlichen Siedlung von etwaigen Reichsüberweisungen abhängig.

Die noch verfügbaren Wohnungsbaumittel sollen nach erfolgter Hebung der Wohnungsnot für die Infantisierung der Altmwohnungen verwendet werden. Der Gebäudesteuerbetrag beläuft sich auf 49,5 Millionen. Dieser Betrag ermöglicht sich durch Nachlässe, Stundungen, Unbeibringlichkeit u. dgl. auf 28,25 Millionen Reichsmark. Das Erträgnis der Steuer ist durch die 20prozentige Senkung ab 1. April, durch die Befreiung der Landwirtschaft und durch die Befreiung der Höherbesteuerung gut rentierender Anwesen zurückgegangen. Von dem Aufkommen von 28,25 Millionen erhalt das Land 12,75 Millionen und die Gemeinden 15,5 Millionen Reichsmark. Da für das Jahr 1932 bereits Verpflichtungen in Höhe von rund 2 Millionen bestehen und an das Reich eine halbe Million für landwirtschaftliche Siedlung abzugeben sind, bleibt für das Jahr 1932 nicht viel übrig. Für 1933 stellen sich die Verhältnisse infolge des Wegfalls aller Verpflichtungen um 2 Millionen günstiger.

Ein Zentrumsantrag, den für die Erleichterung der Lage des Neubaubestimmungen vorgesehenen Betrag von jährlich 300 000 Reichsmark auf 700 000 RM. und die vorgezogene Summe für neue Wohnungsbauleihen von 105 000 RM. auf 571 000 Reichsmark zu erhöhen, wird mit Mehrheit angenommen. Im Zusammenhang mit dem Haushalt des Innenministeriums wurde ein Antrag des Zentrums angenommen, die Bauertätigkeit namentlich von Ausländern einzuschränken. Ferner soll beim Reich darauf hingewirkt werden, daß bei Notstandsbedritten des Reiches auch das Grenzland Baden gebührend berücksichtigt wird.

Arbeitsaufnahme

des Eier-Überwachungs-Ausschusses

Der vom badischen Minister des Innern gemäß § 13 der Verordnung über Handelsklassen für Hünererier und über die Kennzeichnung von Hünererieren ernannte Eier-Überwachungs-Ausschuß für Baden hat seine Tätigkeit aufgenommen. Dem Ausschuß obliegt insbesondere die Entscheidung über Erteilung oder Versagung beantragter Genehmigungen zur Kennzeichnung von Eiern geföhlicher Handelsklassen, sowie über den Widerruf einer erteilten Genehmigung.

Bis die Arbeiten im Gange sind, ist es ferner eine notwendige Aufgabe des Ausschusses, Interessenten und Verbraucher über Inhalt und Zweck der Eierkennzeichnung aufzuklären. An alle Interessenten ergeht hiermit die Aufforderung, sich in Zweifelsfragen an den Vorsitzenden des Eier-Überwachungs-Ausschusses, den geschäftsführenden Direktor der Badischen Landwirtschaftskammer, Dr. von Engelberg, selbst oder an die nachstehenden Mitglieder zu wenden; Frau Gertrud Klingens, Vorsitzende des Karlsruher Hausfrauenbundes, Karlsruhe, Jollystraße 63; Landwirtschaftsinspektor Langenstein vom Landesverband Baden im Bund deutscher Geföhligzüchter, Karlsruhe-Rüppurr, Rosenweg 29; Dr. van der Linden, Geschäftsführer der Badisch-Pfälzischen Eierverwertungsgenossenschaft, Karlsruhe, Rauterbergstraße 6; S. Wendelsohn i. Fa. Emanuel Strauß, Eierimport und -großhandel, Mannheim, O. 3. 17; Oscar Schäfer, i. Fa. Ch. Schäfer, Eiergroßhandlung, Karlsruhe, Nowadanlage 7; Direktor Thomann, Lebensbedürfnisverein Karlsruhe, Moonstraße 28.

Die Tonwarenindustrie Wiesloch hat mit etwa 250 Mann ihrer Belegschaft den Betrieb wieder aufgenommen.

200 Pfingstsonderzüge in Baden

Zur Bewältigung des Pfingstverkehrs hat die Reichsbahn auch dieses Jahr wieder besondere Vorkehrungen getroffen. So sind im Bezirk der Reichsbahndirektion Karlsruhe für die Zeit vom 18. bis 23. Mai gegen 200 Sonderzüge vorgezogen, die im Bedarfsfälle in der Hauptsache als Vorzüge zu fahrplanmäßigen Zügen verkehren. Von dieser Zahl entfallen allein auf die beiden Pfingstfeiertage etwa 140 Sonderzüge zur Bewältigung des Ausflugsverkehrs. Weitere Sonderzüge können in dringenden Fällen von den Bahnhöfen am Sitze der Reichsbahnbetriebsämter noch eingelegt werden; nicht erforderliche Sonderzüge fallen aus. Die Sonderzüge werden wie bisher üblich als „Vor- oder Nachzüge“ besonders beschildert.

Entsprechende Maßnahmen wurden auch zur raschen Abfertigung der Züge auf den Bahnhöfen und zur raschen Bedienung der Reisenden an den Fahrkartenschaltern getroffen, damit Zugverspätungen nach Möglichkeit vermieden werden. Das Personal in den Zügen und auf den Bahnhöfen wird dem Bedürfnis entsprechend verstärkt.

Im Hinblick auf die erheblich verbilligten Reisemöglichkeiten (Festtagsrückfahrkarten mit 83% v. S. Ermäßigung) hofft die Reichsbahn auf einen besonders starken Pfingstverkehr.

Aus der badischen Landwirtschaft

Jungbäuerinnen-Kurs an der Badischen Bauernschule Ittenhof. Nachdem die Badische Bauernschule Ittenhof am Bodensee mit ihrem so gut besuchten Jungbäuerinnenkurs einen recht schönen Erfolg erzielt hat, eröffnete sie Anfang Mai einen ähnlichen Kurs für Bauernstöchter. In diesem Lehrgang wird neben der hauswirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Erziehung vor allem auf eine geistig-kulturelle Allgemeinbildung abgesehen. Es soll dadurch den Bauernstöchern die Möglichkeit gegeben werden, sich die Fähigkeit zu erwerben, um die vielseitigen Aufgaben ihres späteren Wirkungskreises als Bauersfrau, Mutter und Staatsbürgerin lösen zu können.

Tagungen

Tagung der badischen Arbeitgeberverbände. Kürzlich hielt der Bund badischer Arbeitgeberverbände im Sitzungssaal der Handelskammer Karlsruhe unter dem Vorsitz des Handelskammerpräsidenten Dr. h. c. Lenel, Mannheim, seine Jahreshauptversammlung ab, in der der Geschäftsführer, Syndikus Göttscher, Mannheim, und Dr. H. R. Mehmte von Stuttgart Vorträge über wichtige Fragen der Sozialpolitik, insbesondere der Sozialversicherung und der sonstigen Tätigkeit der Arbeitgeberverbände hielten. Dabei wurde betont, daß es dringend nötig sei, die gesamte Sozialversicherung alsbald umzubauen. Die Versammlung war von Arbeitgebern aus allen Teilen Badens stark besucht. Die bisherige Bundesleitung, darunter Präsident Dr. Lenel, Mannheim, und Herr Emil Sucher, Pforzheim, als Vorstandsmitglied, wurde einstimmig wiedergewählt.

Der Landesverband Baden im Bund deutscher Architekten tagte in Heidelberg. Die Hauptrede hielt Regierungsbaumeister Brunisch, in der er verlangte, daß der deutsche Architekt in die Bauaufgaben der öffentlichen Verwaltung eingeschaltet werde. Hierin habe sich der badische Innenminister in dankenswerter Weise und mit Teilerfolgen bemüht, was leider aber nur eine rühmliche Ausnahme bilde. Die Einstellung der öffentlichen Verwaltungen schade dem Architektenberuf mehr als das Sinken der Wirtschaftskurve. Es herrsche eine drückende Not unter den Architekten. — Am Sonntagvormittag wurde die Ausstellung der Ortsgruppe Heidelberg im VDA. Das billige Haus zum festen Preis" beichtigt. Diese Ausstellung findet vom 7. Mai bis 3. Juni statt. Die Ausstellung ist ein erster Versuch, um zu zeigen, daß der Wunsch nach einem eigenen Heim erfüllt werden kann. Sie soll eine jährlich wiederkehrende Einrichtung Heidelbergs werden.

Gemeinderendebau

Bürgermeisterwahlen. In Ettenheim wurde Bürgermeisterstellvertreter Glasermeister Karl Bögle mit 89 Stimmen zum Ortsbürgermeister gewählt. Es wurden 15 weiße Zettel abgegeben, eine Stimme war ungültig. — In Siegelbach (Amt Einsheim) wurde Ratsschreiber Niemer mit großer Mehrheit zum Bürgermeister gewählt.

Die Volkshochschule für Erwachsene in Mannheim. Für die von der Stadtverwaltung Mannheim beantragte Weiterführung der Volkshochschule für Erwachsene fand sich im Stadtrat keine Mehrheit. Dagegen sollen an den Gewerbe- und Handelsschulen Sonderfachschulen für Schülertreffens, die stellenlos sind, eingerichtet werden. Außerdem wurden zur Aufnahme hervorragend begabter Erwachsener in Abendkurse 1000 Reichsmark bewilligt.

Die politische Betätigung der städtischen Beamten in Pforzheim. Der Stadtrat Pforzheim hat aus Anlaß eines Antrags der NSDAP. festgestellt, daß den städtischen Beamten das Recht der freien Meinungsäußerung und der Freiheit ihrer politischen Gesinnung innerhalb der aus dem beamtenrechtlichen Dienstverhältnis sich ergebenden gesetzlichen Schranken zusteht.

Aus der Landeshauptstadt

Große wasserportliche Veranstaltungen in Karlsruhe. Der Deutsche Kanuverband, der mehrere hundert Vereine des Kanusports umfaßt, veranstaltet in diesem Jahr erstmals eine große Pfingst-Regatta, die in Oberrhein (Schweiz) beginnt und in Köln endet. Als Ziel des Pfingstmontags wurde Karlsruhe gewählt, wo am Abend eine Flottille von über 500 Booten vor Rappentwörth in feierlicher Aufahrt sich dem Karlsruher Publikum präsentieren wird. Außerdem finden am 5. Juni im Mittelboden des Karlsruher Rheinhafens zwei Regattafahrten statt, die von 10 bis 20 Vereinen aus Süddeutschland und dem Rheinland bestritten werden. Am 21. August wird eine Langstrecken-Regatta „Rund um Rappentwörth“ folgen.

Selbstmord eines Liebespaars. Heute, Mittwochmorgen, kurz nach halb 11 Uhr, erschloß sich auf einer Bank im Fasanengarten aus bisher unbekanntem Grund ein Liebespaar. Es soll sich um den 31-jährigen Ingenieur Franz Grundl aus Worms, wohnhaft in Offenbach a. M., und um eine etwa 20-jährige Schneiderin Anna Eden aus Karlsruhe handeln. Das Mädchen war sofort tot, während der Mann noch Lebenszeichen von sich gab.

Einschreiten gegen Bettler und Hausierer. In der letzten Zeit mußte die Polizei wiederholt gegen Bettler einschreiten, insbesondere gegen solche, die sich auf ihren Bettelgängen in aufdringlicher Weise unangenehm bemerkbar machten. Auch eine Reihe von Hausierern, die nicht im Besitze der erforderlichen Gewerbeurkunden waren, mußten angezeigt werden.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Mittwochmorgen: Auch gestern zogen noch mehrere Wolkensystemen, zum Teil mit Gewittern, vorüber. Inzwischen ist aber eine allgemeine Beruhigung des Wetters eingetreten. Die Polarluft hat ein Zwischenhoch aufgebaut, unter dessen Einfluß es heute bei abflauenden Winden aufgeweicht hat. Die Besserung wird leider nicht von langer Dauer sein. Über dem Nordatlantik zieht eine große Zyklone heran, deren Sturmfeld vor der europäischen Westküste heute früh angekommen ist. Vor dem Einschlagen der neuen Störung ist bei uns zunächst Erwärmung zu erwarten. Voraussage: Bewölkungszunahme und ziemlich mild, später aufziehende Südwestwinde, vorerst noch vorwiegend trocken.

Wasserstände: Badstätt 314 plus 5, Wajel 188 plus 13, Schusterinsel 200 plus 13, Kehl 350 plus 22, Maxau 539 plus 11, Mannheim 444 plus 20, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

bl. Rotenfels (Rurgial), 10. Mai. Das alte Bad Rotenfels erwacht wieder. In diesem Frühjahr wurde die alte Elisabethquelle in Rotenfels, welche erstmals im Jahre 1889 gefaßt wurde, wieder neu gefaßt. Über der Quelle wurde ein neues Gebäude erstellt, in dessen Innern zur Zeit ein Bild in Lebensgröße gemalt wird, wie Elisabeth einem schwerkranken Manne den Trunk der Quelle zu dessen Befundung reicht.

10. Mai. Am Montagabend fand vor der üblichen Gemeinderatssitzung in Anwesenheit des gesamten Gemeinderats die öffentliche Begrüßung des nach 13jähriger Gefangenschaft aus der Hölle von Capenne heimgekehrten Pauli Schwarz statt, wobei Bürgermeister Dr. Luthmer den Heimgekehrten begrüßte und in der, zur Erholung seiner stark angegriffenen Gesundheit auf längere Zeit der Gast der Stadt Kehl auf dem Sohlberg zu sein, wozu er ihm eine kleine Spende überreichte.

bl. Lörrach, 11. Mai. Die Devisenflucht über die kürzlich berichtet worden ist, scheint größeren Umfang anzunehmen. Der am 15. April beim Überqueren der Grenze nach Lörrach verhaftete Geschäftsmann M. Kahn, der in Basel wohnhaft ist, wird in den nächsten Tagen nach Berlin überführt. Kahn wird im Zusammenhang mit der Devisenflucht des Berliner Bankhauses Bernheim, Blum & Co. in Berlin abgeurteilt werden. Die Devisenflucht führt nicht nur nach der Schweiz, sondern auch nach anderen Ländern; es ist eine Reihe von Personen darin verwickelt. Bekanntlich ist der Bankier Blum in Berlin während seiner Vernehmung von der Zollbehörde aus dem Fenster eines Stadtwerts auf die Straße gesprungen und war sofort tot.

Handel und Wirtschaft

	11. Mai		10. Mai	
	Seit	Brief	Seit	Brief
Amsterdam 100 G.	170.68	171.12	170.83	171.17
Kopenhagen 100 Kr.	84.57	84.73	84.67	84.83
Italien . . . 100 L.	21.69	21.73	21.69	21.73
London . . . 1 Pf.	15.45	15.49	15.47	15.51
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.605	16.645	16.605	16.645
Schweiz . . . 100 Fr.	82.27	82.43	82.27	82.43
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Erste Deutsche Namengefellshaft Emmendingen. Die ordentliche Generalversammlung dieses Unternehmens vertagte die Beschlussfassung über den Abschluß 1931.

J. G. Farben-Generalversammlung. In der Generalversammlung der J. G. Farben in Frankfurt a. M., wurde der Antrag auf Herabsetzung des Aktienkapitals um 110 Mill. Reichsmark durch Einziehung eigener Stammaktien in erleichterter Form genehmigt. Die Aufsichtsratsaktien werden von 5 auf 3 Proz. herabgesetzt; die Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates wird von 3 auf 2 erniedrigt. In der Diskussion forderte ein Kleinaktionär Herabsetzung der Verwaltungsbezüge von etwa 7 Mill. um die Hälfte, damit eine höhere Dividende möglich sei. Auf verschiedene Anfragen erwiderte Generaldirektor Schmitz, daß die Vorräte außerordentlich vorsichtig bewertet seien, auch die Beteiligungen würden einer zeitgemäßen Bewertung standhalten. Die Währungsverluste hielten sich 1931 unter 10 Mill. Reichsmark, was angesichts des außerordentlich umfangreichen Exports ohne Bedeutung war. Fundverluste habe die J. G. Farben nicht gehabt. Die Dividende beträgt bekanntlich 7 Proz.

Am Pfingstsonntag, den 14. Mai d. J.

bleiben unsere sämtlichen Geschäftsräume geschlossen

Badische Bank
Badische Kommunale
Landesbank — Girozentrale —
Baer & Elend
Dresdner Bank Filiale Karlsruhe

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Karlsruhe und Depositenkasse Mühlburg
Veit L. Homburger
Straus & Co.

2.857

Städt. (öffentl.) Sparkasse Waldürn

Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand	3 333,48	1. Spareinlagen	1 106 635,65
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postsparkasse	10 809,07	2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	37 240,51
3. Wechsel	14 235,05	3. Anlehens- und andere Schulden	32 828,55
4. Darleh. in lfd. Rechnung	51 867,56	4. Rücklage: gesetzl. Reservefonds	73 339,67
5. Darleh. a. Hypotheken	646 403,15	Reingewinn v. 1931	21 881,70
6. Gemeindeforderungen	22 800,—		
7. Einlage beim Spargiroverband	19 400,—		
8. Grundstückskaufgelber	93 639,23		
9. Darleh. a. Schuldchein	201 444,82		
10. Einnahmerückstände	31 732,72		
11. Aufwertungsfordernng.	89 287,13		
12. Aufwertungsabrechnungskonto	60 378,60		
13. Grundstücke u. Gebäude	26 594,27		
14. Gerätschaften	1,—		
	1 271 926,08		1 271 926,08

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 1 143 876,16 RM Einlagen = 91 510,09 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1931 = 95 221,97 RM
Somit mehr 3 711,88 RM

Waldürn, den 26. März 1932. R. 935

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Geier, Bürgermeister.
Der Geschäftsleiter: Geier.

Karlsruhe, C. 39
Vereinsregistereintrag.
Deutscher Motorradfahrer-Verband Landesgruppe Südw., Karlsruhe, 28. IV. 32.
Amtsgericht Karlsruhe.



Badisches Landestheater

Donnerstag, 12. Mai 1932
* D 28 (Donnerstagmiete)

Der 18. Oktober

Schauspiel
von Walter Erich Schäfer
Regie: Dr. Waag
Mitwirkende:
Baumbach, Brand, Dahlen, Ernst, Gemmede, Kloeble, Luthner, Meiner, Müller, Prüter, v. d. Trend, J. Gröbinger, Grimm, Fuhr, G. Müller, Schönhäfer

Anfang 20 Ende 22
Preise B (0,70—4,20 RM)

Fr. 13.5. Keine Vorstellung.
Im Konzerthaus: Mademoiselle Docteur, Sa. 14.5.
Vor Sonnenuntergang.
Sa. 15.5. Neu einstudiert: Niengi. Im Konzerthaus: Mademoiselle Docteur.

Inferieren bringt Gewinn

Öffentl. Verbandssparkasse St. Georgen i. Schw.

Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
Kassenbestand	36 309,60	Spareinlagen	1 462 061,75
Guthaben bei Banken, Girozentrale u. Postsparkasse	34 252,44	Aufwertungs- und Spareinlagen	251 662,—
Wertpapiere	23 539,73	Giro- und Kontokorrenteinlagen	142 513,39
Wechsel	49 821,20	Anlehens- und andere Schulden	197 711,23
Darleh. auf Hypotheken	1 118 164,64	Schulden	161,17
Darleh. in laufender Rechnung an Private	361 403,20	Rücklagen:	
Darleh. auf Schuldchein	97 890,83	a) gesetzl. Reservefonds	118 027,74
Darleh. an Gemeinden	131 051,90	b) Sonderrücklage	21 107,22
Einlage v. Spargiroverband	44 600,—	Reingewinn vom Jahre 1931	16 117,90
Aufwertungsfordernngen	152 023,33		
Fehlbetrag zur 12 1/2% Aufwertung	78 787,81		
Einnahmerückstände	78 036,22		
Grundstücke und Gebäude	3 500,—		
Gerätschaften	1,—		
	2 209 361,80		2 209 361,80

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 1 713 723,75 RM Einlagen = 137 097,90 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1931 = 134 145,04 RM
Somit weniger 2 952,86 RM

St. Georgen i. Schw., den 21. März 1932 R. 938

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Stodinger.
Der Geschäftsleiter: Staiger.

Badische Kultur und Geschichte

Nr. 19

Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 109

11. Mai 1932

Das Necktal in seinen geschichtlichen Schicksalen

Von Professor Dr. Hermann Reinfried

Die Erforschung der Geschichte an sich ist noch keine Lebendigmachung ihres Gehaltes für die Gegenwart. Wenn ein Geschehen, so wie es einst vor sich ging, seine wissenschaftliche Darstellung gefunden hat, sind zunächst nur Kenntnisse und Erkenntnisse als Tatbestände gesammelt, die in ihrer objektiven Wirklichkeit einem kleineren oder größeren Interessentenkreis zugänglich gemacht werden, ohne von besonderer lebenerweckender Wirkung für ein Volk zu sein. Die geschichtlichen Vorgänge gewinnen erst allgemeines Leben, wenn politische und kulturelle Zeitströmungen größeren Ausmaßes sich um sie kümmern, sie aus dem Grabe der Vergangenheit herausheben und ihnen eine geistige Richtung und einen „letzten“ Sinn geben. Rückschauend suchen diese Strömungen aus den eindrucksvollen Vorbildern der Geschichte Wesen und Form des modernen Daseins zu bestimmen: Die humanistischen Bewegungen sind dafür sprechende Beispiele. Aus dem Fundus einer zurückliegenden Geisteskultur holen sie die Aufbaumaterialien für gegenwärtige und künftige Epochen. Hier sind die geschichtlichen Gestaltungsversuche der Kunst zu nennen. Die historische Dichtung, vor allem der historische Roman und das historische Drama, hat einen großen Anteil an der Verlebendigung geschichtlicher Kräfte.

Jörg Frhr. von Schauenburg hat in einer guten Arbeit: „Verlungener Lärm, Bilder aus der Kulturgeschichte des badischen Oberlandes“ (Verlag Badenia in Karlsruhe) die Geschichte des Necktales dargestellt und einen Querschnitt durch die Jahrhunderte gezogen. Weit entfernt von aller schlaffen Dürre steht ein Bild lebendiger und gemütvoller Wärme vor uns. Wo graue Burgruinen träumen, regt es sich plötzlich, und Gestalten beginnen zu handeln und zu kämpfen, zu leiden und zu lächeln. In einfach plaudernder Sprache gehen die leuchtenden und düsteren Schicksale gewesener Menschen einher. Und doch glüht verhaltenes Feuer aus dem Bau der Sätze und dem Sinn der Worte. Der Wert des Buches beruht auf der wissenschaftlich-historischen Grundlage, und nur da, wo die Forschung und Quelle nichts mehr zu bieten haben, tritt die eigene Schau an die Stelle exakter Tatsachen. Aber in keinem einzigen Falle hat man den Eindruck einer vergewaltigten Wirklichkeit. Die Ergänzungen aus eigener Schöpfung sind so geschickt angebracht, daß man jederzeit ihre Bestätigung durch eine neu entdeckte Urkunde erwarten könnte. Das reiche Familienarchiv der Schauenburger muß den geschichtlichen Sinn aller Angehörigen dieses Geschlechtes empfänglich machen für die Mitgestaltung am verflochtenen Leben, die von ihren Ahnen getragen war. Von dem schönen Schwarzwaldtale laufen die Rinnale der Geschichte hinaus in die breite Strömung der Gesamtentwicklung, und so gewinnt die Lokalgeschichte die ihr zukommende Bedeutung.

Bis in die Römerzeit werden wir zurückgeführt, wo Kastelle im Dekumatland ragten und römische Grenzweiden die allmählich immer deutlicher werdende Schwäche des Weltimperiums nicht mehr verhüllen konnten. Noch erinnern an die Römerzeit im Boden aufgedeckte Geräte wie Schreibeisen, Ringe, Spangen, Fibeln, Armreife, Waffengriffe und Ziegel. Der Römerherrschaft bereiteten die Alemannen um 280 n. Chr. ein jähes Ende. Auf dem Boden zwischen Alpen und Donau, zwischen Neck und Vogesen hatten sie sich niedergelassen und in den Markgenossenschaften ihren ersten staatlichen Zusammenschluß gefunden. Der Dreifelderwirtschaft führten sie römische Bodenkultur zu. Die Weistümer kamen auf und regelten das Leben der Markgenossenschaften in rechtlicher und sozial-wirtschaftlicher Beziehung. In diese bäuerliche Lebensweise der in Sippen verwandtschaftlich verbundenen Alemannen drang um 700 von Irland aus das Christentum nach Süddeutschland vor. Die Rebe blühte, der Weinbau von den Glaubensboten gefördert, fand seinen Eingang. Aus diesen frühen Zeiten stammen die ältesten Bestandteile des berühmten „Korker Waldbriefes“, eines Rechtsinstrumentes zur gemeinsamen Verwaltung der Waldgebiete. Eine Abschrift dieses aus vordringlichen und sagenhaften Elementen bestehenden Waldbriefes befindet sich im Archiv der Frh. von Schauenburg zu Gaisbach. Über die Stiftung einer Kirche in Nuhbach heißt es darin: „derselbige Herr war so reich, daß er Fürstengenosch war. Diese Tochter (Steffel) ist zu Nuhbach jährlings an einem Tanz verstorben. Zu derselben Tochter Seelenheil han sie im Dorf Nuhbach eine Kirche tun bauen und auch gegeben viel Korker Gewald mit allen seinen Rechten.“

Mit der Geschichte der Schauenburger ist die Gründung des Prämonstratenser-Klosters Allerheiligen (1196) verknüpft. Aus den Sündelinger Annalen geht hervor, daß nicht Uta I., die mit einem Grafen von Eberstein vermählt war, sondern die Tochter beider, Uta II., mit Welf VI. verheiratet, das Kloster ins Leben gerufen hat.

Jene merkwürdige, vielleicht totemistische Religionsvorstellungen widerspiegelnde Legende vom Esel, der den Platz für den Klosterbau suchen muß, läuft in allen Überlieferungen der Gründungsgeschichte mit. Die Urkunde ist in einer Abschrift vom Jahre 1529 im Archiv der Frh. von Schauenburg zu Gaisbach vorhanden und lautet in ihren ersten Sätzen: „Im Namen der heiligen und ungeteilten Dreieinigkeit: Ich, Herzogin Uta von Schauenburg, entbiete allen Gläubigen meinen Gruß. Weil wir aus den Lehren Gottes gelernt haben, daß man die ewigen Wohnungen mit Gütern der Erde gewinnen soll, so folgen wir den Spuren unserer Vorfahren und gründen zu Gottes und aller Heiligen Ehre ein Kloster am Bache Nordwasser neben dem Buttenstein, nach der Regel des heiligen Augustinus und den Statuten des Prämonstratenserordens.“

Die 10 Erzählungen, mit denen Jörg von Schauenburg die Geschichte des Necktales beschwört, tragen die Überschriften: die Römer: das Kastell (200 n. Chr.), die Markgenossen: die heiligen Männer (800), die großen Grundherren: Zwangsvermähl (1128) und Welf VI. (1131), Klöster und der geistliche Fronhof: das Kloster Allerheiligen (1196) und Reinechheim (Nenzen) (1326), die kleineren Herrengeschlechter (1300–1450): Peter von Staufenberg und die weiße Frau (1350), über den Tod getreu (1326), das Sühnekreuz bei der Fürsteneid (1432) und Jörg der Böse (1450). Unter diesen ist die Geschichte Jörgs des Bösen, eines zweiten Götz von Berlichingen, von bedeutender Wirkkraft und literarisch frisch gefaßt (S. 224 ff.). Dazu kommt die wissenschaftliche Bürgschaft für die hier mitgeteilten Begebenheiten durch Verarbeitung der im Schauenburger Familienarchiv liegenden Urkunden. Im Herbst 1450 berief Markgraf Jakob ein Manngericht nach Baden-Baden. Seine Lehensleute, die Ritter und Grafen, wurden dazu entboten. Alle wichtigen Angelegenheiten des Keinen Staatswesens standen zur Beratung durch die erlauchte Versammlung, die aus sämtlichen Teilen der Markgrafschaft zahlreich besetzt war. Wie in einem Bühnenstück traten Redner und Gegenredner auf und belebten mit ihrer Stellungnahme den Verlauf der feierlichen Zusammenkunft. Als Präsident des Manngerichts forderte Markgraf Jakob eifrig zu den Wortmeldungen auf, und was da alles vorgebracht wurde, ward zum politischen und kulturellen Spiegel der mittel- und oberbadischen Gebiete im 15. Jahrhundert. Herzog Karl der Kühne von Burgund erlaubte sich politische Übergriffe auf den badischen Besitz und sein Vogt, Peter von Hagenbach in Breisach, unterstellte seinen Herrn in außerordentlich gelehriger Weise. Ihm legte man zur Kennzeichnung der Lage die viel-sagenden Worte in den Mund: „Wenn eine burgundische Gans über das badische Land fliegt und nur eine Feder verliert, dann will ich diese Feder für meinen Herrn haben.“ Und der Markgraf fügte in verständlicher Ironie hinzu: Ich glaube, Herr Hagenbach läßt auch aus Mutwillen Gänse über unser Land fliegen, um hernach Sän-del und Federn zu pflücken. Der zweite außenpolitische Gegenstand der Sitzung bestand in einer Klage des Bischofs von Straßburg wegen der bedrohlichen Unsicherheit für Reibende und Wandeltreibende in der Umgebung von Oberkirch, die man statt Ortenau jetzt eher und treffender „Nordau“ nennen hörte. Natürlich war diese Bezeichnung, falls sie überhaupt zur Charakterisierung des rechtlich unsicheren Landstriches im vorderen Necktal wirklich gebraucht wurde, nur eine etymologische Rück-erinnerung an den eigentlichen Namen des Gaues, der einst Mortenau hieß. Den gefährdeten Rechtszustand schrieb man dem Schauenburger Jörg, dem Bösen aufs Konto, den ja auch der Straßburger Bischof mit seiner vor die markgräflich badische Regierung gebrachten Klage meinte. In der Tat hatte Jörg, der Böse, der auch der „Städtefeind“ hieß, Straßburger Kaufleute, die durch das Necktal nach Stuttgart auf den Markt ziehen wollten, überfallen und auf die Schauenburg geschleppt.

Für die inneren Verhältnisse der Markgrafschaft Baden waren im 15. Jahrhundert die Schrecken der immer weiter um sich greifenden Femgerichte verhängnisvoll. Ohne die ordentlichen Gerichte in Anspruch zu nehmen, urteilten die Freischöffen die ihnen mißliebigen Persönlichkeiten ab und verbreiteten in der Bevölkerung Angst und Entsetzen. Daß dieser Räuberjustiz, diesen geklopfen Sinter-treppengerichten ein Ziel zu setzen sei, war allgemeine Auffassung geworden. Das badische Kammergericht sollte befugt werden, die Freischöffen als Mordmörder zu behandeln, und mit aller Tatkraft ging man daran, die Ritter in der Ortenau zu einer Abwehrorganisation gegen die Femmörder zusammenzuschließen. Den Kampf gegen das Raub- und Fehdewesen führte Markgraf Jakob mit einem Erfolg, der bis ins Ausland Anerkennung fand und von dem italienischen Geschichtsschreiber, Enea Silvio Piccolomini, dem späteren Papste Pius II., der die deutschen Zustände aus eigener Anschauung kannte, über den badischen Markgrafen bemerkenswerte Worte schrieb: „Wenn dieser erfährt, daß in seinem Lande ein Straßen-raub vorgefallen sei, so lieh er alsbald die Geschädigten

zusammensuchen und ihnen aus seinen eigenen Mitteln ihren Verlust ersetzen, wenn sie dessen Höhe auf ihren Eid angaben. Alsdann verfolgte er die Räuber und ließ sie, sobald sie gefangen waren, auf das Rad flechten, eine in Deutschland sehr gefürchtete Strafe. Auf solche Weise machte er die Markgrafschaft Baden zu einem der sichersten Länder.“

Die Rechtspflege der einzelnen deutschen Stämme wurde seit dem 13. Jahrhundert mit altrömischem Rechte durchsetzt. Aber erst die Gründung der Universitäten im 14. und 15. Jahrhundert führte das Römerrecht in deutschen Gauen zum Siege. Allmählich löste man sich von den mit Natur und Landschaft verwobenen Rechtsvorstellungen los, um römisches Gelehrtenrecht den Boden zu bereiten. In dieser Entwicklung lag eine gewisse Zwangsläufigkeit, die von den wissenschaftlichen Strömungen des 15. Jahrhunderts gefördert und getragen war, aber bei der Bevölkerung und ihren Häuptern keine Anteilnahme fand. Markgraf Jakob I. konnte wie seine Untertanen kein inneres Verhältnis zum römischen Rechtsboden gewinnen. Der Schollengeruch germanischer Rechtsgrundsätze lief im Blut mit und spiegelte die Gesinnung und das Denken urdeutschen Volkstums wider. Das sollte mit der Aufrichtung römischer Paragrafen auf einmal vorbei sein. Rationalismus stand gegen germanisches Seelenwachstum auf und verschonte alle jene schon sprachlich farbigen Rechtsformulierungen, an denen die deutsche Rechtsprache so reich war. Entfernungen wurden z. B. in dieser ursprünglichen Ausdrucksweise nicht mit Maß und Zahl, sondern bildlich und in der Anschauung der Natur bezeichnet. Man sagte: „Soweit, als ein weißes Pferd schimmert; soweit man ein Weil wirft, soweit man einen Hund oder eine Glocke hört.“ Wir haben bei solchen Angaben Empfindungen, wie sie bei Homer geschildert werden. Der Zusammenhang von Natur und Denken ist noch nicht zerrissen. Welches Paragraphem verschüttete noch nicht die Lebendigkeit und Frische sprachlicher Schöpferkraft. Wenn ein Pferd Stroß erhalten sollte, bestimmte man rechtlich etwa: „Es müsse ihm bis an den Bauch reichen.“ Vom Galgen sagte man: „Du reitest den dürren Baum“. Das feindselige Verhältnis gegenüber einem Mitmenschen bezeichnete man mit plastischer Prägung: „Ich werfe dir den Handschuh hin, ich setze dir den Stuhl vor die Tür“. Jörg von Schauenburg gibt in seinem Buche eine vorzügliche Auswahl volkstümlicher Redewendungen aus der altgermanischen Rechtsprache, die noch die Einheit von Natur und Geist, Volk und Landschaft, Leben und Denken in sich schließt.

Mutter und Schulkind

Nach Ostern haben unsere kleinen ABC-Schützen ihren Einzug in die Schule gehalten. Diesen Übertritt des Kindes aus der kleinen in die große Welt, begleitet das Elternhaus und vor allem die Mutter häufig mit einiger Sorge, besonders für die Gesundheit ihres Kindes. Solche Sorge ist indessen nur bis zu einem gewissen Grade berechtigt; denn die schulärztliche Überwachung, die schon kurz vor dem Eintritt des Kindes in die Schule beginnt und dann laufend fortgeführt wird, bietet eine Gewähr dafür, daß mindestens von Schülern wegen alles geschieht, um die Schüler gesund zu erhalten.

Die Vorbedingungen hierfür müssen aber vom Elternhaus geschaffen werden und somit erwaschen der Mutter neue wichtige Aufgaben.

Die Vorbereitungen für den Schultag des Kindes müssen schon am Abend vorher getroffen werden. Man sorge dafür, daß das Schulkind rechtzeitig ins Bett kommt und seine 10 bis 12 Stunden Schlaf findet. Vor dem Zubettgehen muß die Schulmappe gepackt und die Zähne geputzt werden. Auch die Sorge für die Entleerung der Blase und des Darms vor dem Schlafengehen gehört zur hygienischen Vorbereitung des Kindes für den nächsten Schultag. Am Morgen müssen die Kinder angehalten werden, rechtzeitig das Bett zu verlassen, so rechtzeitig, daß sie genügend Zeit finden, sich gründlich zu waschen, zu kämmen, die Zähne zu putzen und ihr Morgenfrühstück in aller Ruhe einzunehmen. Dazu ist es notwendig, daß die Mutter mit ihrem Kinde zusammen aufsteht und seine Morgen Toilette ebenso wie sein Morgenfrühstück persönlich überwacht. Für den Schulweg muß dem Kinde gleichfalls genügend Zeit zur Verfügung stehen, damit es nicht abgeholt und ermattet im Schulkauz antommt und so von vornherein in seiner Leistungsfähigkeit herabgesetzt ist. Zweckmäßig wird die Mutter dem Kinde ein einfaches Frühstück mitgeben, das ohne Hast in der Pause verzehrt werden soll. Auch von der in vielen Schulen zur Verteilung gelangenden Milch, die aus einwandfreier Quelle stammt und in hygienisch-zuverlässigen Gefäßen gereicht wird, empfiehlt es sich, nach Möglichkeit Gebrauch zu machen. Kehrt das Kind aus der Schule heim, so gönne man ihm, besonders nach der Mittagsmahlzeit, eine gewisse Freizeit und zwingt es nicht sofort zur Schularbeit. Letztere muß, besonders in der ersten Schulzeit, von der Mutter überwacht werden, um so das Kind von vornherein zur nötigen Sorgfalt und zur Pünktlichkeit zu erziehen.

Wichtig ist es auch, dem Arbeitsplatz des Schulkindes einige Aufmerksamkeit zu widmen. Dazu gehört die Sorge für gute Beleuchtung und eine passende Sitzgelegenheit, die so beschaffen sein muß, daß der Rücken des Kindes eine feste Stütze hat.

Nach beendeter Schularbeit gebe man dem Kinde Gelegenheit, seinen Körper durch Sport und Spiel zu kräftigen und damit das ungewohnte Stillstehen in der Schule auch in der Freizeit entsprechend auszugleichen.

Eine Mutter, die so für ihr Kind sorgt, wird gleich dem Schularzt alles tun, was möglich ist, um die Gesundheit des Kindes zu erhalten und einer Erkrankung vorzubeugen.

Druck G. Braun, Karlsruhe.